

vorwärts!

Wir in Schleswig-Holstein



Mit deutlicher Mehrheit haben die Delegierten des Landesparteitags am 23. April in Kiel dem Koalitionsvertrag mit der CDU zugestimmt. In einer langen und engagierten Debatte wurden auch kritische Punkte abgewogen.

Ein Votum für die Regierungs-Verantwortung

Die Basis der Partei war sich der Tragweite des Beschlusses bewusst. Alle 124 Delegierten des Landesparteitags waren pünktlich zur Stelle, als am 23. April 2005 die Diskussion und Abstimmung über eine große Koalition mit der CDU auf der Tagesordnung stand.

„Es gab nach dem 17. März 2005 nur zwei Alternativen – Neuwahlen oder Verhandlungen über eine Große Koalition“, stellte Landesvorsitzender Claus Möller klar. Nach dem einstimmigen Beschluss vom 15. März für die Regierungsbildung mit Grünen und SSW seien die

Verhandlungen mit der CDU ein „mentaler Kraftakt“ gewesen. Doch wichtiger als die innerparteiliche Gefühlslage sei die Interessenvertretung derer, die am 20. Februar SPD gewählt haben, appellierte Claus Möller. „Dieser Koalitionsvertrag trägt bei auch schwierigen

Kompromissen eine deutliche sozialdemokratische Handschrift“, so sein Fazit.

Drei Stunden diskutierten die Delegierten über den vorgelegten Vertrag. Dabei gab es viel Lob für die Verhandlungskommission, aber auch kritische Anmerkungen – besonders zu den

Kapiteln Bildung und Umwelt. Bei zwölf Gegenstimmen und acht Enthaltungen wurde der Koalitionsvertrag vom Landesparteitag gebilligt.

Fraktionschef Lothar Hay gab die Richtung vor: „2010 wollen wir wieder stärkste Partei werden!“ ■

Die Handlungsbedingungen für Landespolitik haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt und werden sich in Zukunft weiter verändern. Die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft, die fortschreitende Integration Europas, der rasante Fortschritt in Technik und Naturwissenschaft, der demografische Wandel, die Erosion der öffentlichen Haushalte und die Reformbedürftigkeit der sozialen Sicherungssysteme bilden den engen Rahmen für die Politik des Landes. Daher stehen fünf Aufgaben im Mittelpunkt des Handelns der Koalition von CDU und SPD:

Wirtschaft und Arbeit

Die hohe andauernde Arbeitslosigkeit ist das größte ökonomische und gesellschaftspolitische Problem Deutschlands und Schleswig-Holsteins. Daher hat die Verbesserung der Bedingungen für Investition,

Die Eckpunkte des Koalitionsvertrages

Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein für das Regierungsbündnis aus CDU und SPD höchste Priorität.

Bildung

Die Zukunft unserer Gesellschaft und die Lebenschancen der Menschen hängen im Zeitalter des Wissens von nichts anderem so sehr ab wie von den Fertigkeiten und Kenntnissen des Einzelnen. Die Koalition von CDU und SPD will daher in den kommenden fünf Jahren die Unterrichtsversorgung für alle Schulformen sicherstellen und die Qualität der Bildung weiter verbessern.

Verwaltung

Es liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der

Wirtschaft, dass Verwaltung preiswerter, leistungsstärker und bürgernäher wird. Daher wird das Regierungsbündnis von CDU und SPD die Verwaltungen des Landes und der Kommunen grundlegend modernisieren. Alle Aufgaben werden auf den Prüfstand gestellt und entbehrliche gestrichen. Anreize für freiwillige Kooperation auf Kreis- und Amtsebene werden verstärkt. Eine Gemeindegebietsreform ist für die Änderung der Verwaltungsstrukturen nicht erforderlich.

Haushalt

Angeht es um einen Schuldenstand von rund 20 Milliarden Euro und eines Defizits von 1,5 Milliarden Euro im laufenden Haushalt ist die Sanierung der Finanzen mit Einsparung alleine nicht zu erreichen.

Die Koalition aus CDU und SPD wird einen konsequenten Sparkurs verfolgen. Gleichwohl bleiben für die neue Regierung die Investitionen in Arbeit und Bildung für die Zukunft Schleswig-Holsteins von besonderer Bedeutung.

Norddeutsche Kooperation

Schleswig-Holstein wird mit seinen Nachbarn Hamburg und Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen intensiv zusammenarbeiten. Dies ist notwendig, um sich im internationalen und nationalen Wettbewerb um die knapper werdenden Ressourcen zu behaupten. Die neue Regierung will mit den Nachbarn Behörden zusammenlegen, Planungen abstimmen und Interessen gemeinsam gegenüber dem Bund, der EU und der Ost-

seeregion vertreten. Hamburg und Schleswig-Holstein sollen zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Verwaltungsregion ausgebaut werden.

Schleswig-Holstein ist gekennzeichnet durch kulturelle Vielfalt, durch Toleranz und Weltoffenheit und durch das partnerschaftliche Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind das Rückgrat eines freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens.

Für die vor ihr liegenden Aufgaben setzt die neue Landesregierung auf die Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte Schleswig-Holsteins. Sie will durch klare und verlässliche Entscheidungen den Menschen die Sicherheit und Zuversicht vermitteln, sie wird dabei entschlossen und mit Augenmaß handeln. ■

DANKE HE!DE

Mit einer bewegenden Rede vor dem landesparteitag in Kiel verabschiedete sich Heide Simonis aus der aktiven Politik. Die Delegierten spendeten zehn Minuten lang stehenden Applaus

Ihre letzte Rede als Ministerpräsidentin wurde zu einem bewegenden Ereignis. Mit nicht enden wollendem Applaus dankten die Delegierten des Landesparteitags Heide Simonis. „DANKE HE!DE“ lautete auch der Slogan auf einer Litfaßsäule, die der scheidenden Regierung-Chefin vom Landesvorsitzenden Claus Möller „überreicht“ wurde.



Willi Piecyk: „Heide, das war eine verdammte gute Zeit!“

„Seit über 35 Jahren gehöre ich dazu. Die SPD Schleswig-Holstein ist meine politische Heimat und ihr seid meine politische Familie. Darauf bin ich stolz!“ rief Heide Simonis den Delegierten zu. Die SPD Schleswig-Holstein als Ganzes bleibe nur stark im Norden, wenn sie solidarisch, konstruktiv-kritisch, selbstbewusst, lebendig und fair nach außen wie nach innen arbeitet.

„Wir haben Schleswig-Holstein unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung umfassend modernisiert,“ so ihre Bilanz. Sie forderte die partei auf, für die Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik weiter zu streiten und zu kämpfen. Ihr persönliches Schlusswort: „Ich bleibe bei euch! Alles Gute!“

Den Dank der Partei formulierte der Europa-Abge-



Eine rote Litfaßsäule mit dem Dank der Partei erhielt Heide Simonis auf dem Landesparteitag.

ordnete und frühere Landesvorsitzende Willi Piecyk. Er betonte die starke Identifikation der partei mit ihrer Spitzenkandidatin und Ministerpräsidentin: „Wir

wollten dich mit 100 Prozent!“ Willi Piecyk erinnerte an die Situation nach dem Rücktritt von Björn Engholm: „Damals hast du uns richtig aus der Tinte geholt.“

Mit ihrer Politik habe Heide Simonis viele frauen motiviert, sich politisch zu engagieren und sich beruflich in früheren Männerdomänen zu behaupten. ■

Seminare

20. bis 22. Mai

Neumitglieder-Seminar in der Gustav-Heimemann-Bildungsstätte, Bad Malente

Kommunal-Akademie

Die sozialdemokratische Kommunal-Akademie Schleswig-Holstein bereitet junge Menschen auf Führungsaufgaben in der Kommunalpolitik vor. Das Trainingskonzept kombiniert innovativ Sachinhalte und politische Orientierung. Das Seminar vermittelt die Fähigkeit, kommunalpolitisches Engagement als Handwerk auszuüben. Von den Teilnehmern wird hohe Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit gefordert. Sie müssen bereit sein, Verantwortung auf kommunaler Ebene zu übernehmen.

Termine 2005:

19. bis 21. August

16. bis 18. September

21. bis 23. Oktober

25. bis 27. November

Anmeldung: SPD-Landesverband, Elfriede Marx, 04 31/9 06 06-46, Elfriede.Marx@spd.de

Minderheiten und Volksgruppen

Die Minderheiten und Volksgruppenpolitik in Schleswig-Holstein soll weiterentwickelt werden. Das hat der Landesparteitag am 23. April beschlossen. Der Kreisverband Kiel hat eine minderheitenpolitische Grundsatzklärung vorgelegt. Diese soll als Grundla-

ge für die innerparteiliche Meinungsbildung dienen. Auch auf Bundesebene soll der Landesvorstand die Minderheitenpolitik vorantreiben. Die Diskriminierung des SSW während der Koalitionsverhandlungen wird unter anderem als Begründung angeführt. ■

Waffenembargo gegen China soll bleiben

Der Landesparteitag hat sich gegen eine Aufhebung des Waffenembargos gegen die Volksrepublik China ausgesprochen. Die Situation bei den Menschenrechten, die großen Demokratiedefizite und die mangelnde Presse- und Meinungsfreiheit werden als Begründung

für diese Position angeführt. Das Waffenembargo soll erst aufgehoben werden, wenn alle Gründe, die zu seiner Verhängung geführt haben, beseitigt sind. Mit seiner Forderung richtet sich der Landesparteitag an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion. ■

Delegation für den Bundesparteitag

Der Bundesparteitag im November in Karlsruhe wird unter anderem das neue Grundsatzprogramm der SPD beraten und beschließen. Der Landesverband Schleswig-Holstein wird dort mit neunzehn Delegierten vertreten sein. Der Landesparteitag hat dafür die folgenden Personen gewählt:

Wolfgang Baasch (Kreisverband Lübeck), Andreas Beran (Segeberg), Brigitte Fronzek (Pinneberg), Bettina Hagedorn (Ostholstein), Birgit Hannemann-Röttgers (Kiel), Bärbel Juister (Steinburg), Cathy Kietzer (Kiel), Eckart Kuhlwein (Stormarn), Ellen Mangold (Schleswig-Flensburg), Claus Möller

(Kiel), Konrad Nabel (Stormarn), Regina Poersch (Ostholstein), Sönke Rix (Rendsburg-Eckernförde), Maike Rohwer (Neumünster), Helga Schirmacher (Stormarn), Anna Schlosser-Keichel (Schleswig-Flensburg), Jutta Schümann (Neumünster), Falk Stadelmann (Kiel), Jörg Wenghöfer (Segeberg). ■

Termine

4. Juni, 10 Uhr

Außerordentlicher Kreisparteitag Pinneberg. Mit Landesminister Dr. Ralf Stegner, Dr. Brigitte Fronzek. „Hotel Rellingener Hof“, Rellingen.

17. September, 10 Uhr

Außerordentlicher Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein. Vorbereitung zum Bundesparteitag.

Landesvorstand gewählt

Der ordentliche Landesparteitag am 23. April 2005 im Casino der Stadtwerke Kiel hat turnusmäßig den elfköpfigen Landesvorstand neu gewählt.

Mit 89 Prozent der Stimmen wurde Landesvorsitzender Claus Möller im Amt bestätigt.

Neue stellvertretende Landesvorsitzende ist Dr. Brigitte Fronzek (Kreisverband Pinneberg). Als Bürgermeisterin von Elmshorn und Landesvorsitzende der sozialdemokratischen Gemeinschaft

für Kommunalpolitik (SGK) vertritt sie im Vorstand die kommunalpolitische Ebene.

Wiedergewählt wurde Detlef Buder (Dithmarschen) als stellvertretender Vorsitzender. Der Landtagsabgeordnete stellt den kurzen Draht zu Fraktion sicher.

Jörg Wenghöfer (Segeberg) bleibt als Schatzmeister für die Finanzen verantwortlich.

Mit dem (bei Redaktionsschluss noch designierten) Innenminister des Landes, Dr. Ralf Stegner (Rendsburg-

Eckernförde) gehört ein Mitglied der Landesregierung dem Vorstand an.

Die Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn (Ostholstein) wird den Kontakt zur Bundespolitik pflegen.

Bei der Wahl der Beisitzerrinnen und Beisitzer setzten sich weiter durch: Stefan Bolln (Pinneberg), Andreas Breitner (Rendsburg-Eckernförde), Birgit Hannemann-Röttgers (Kiel), Birte Pauls (Schleswig-Flensburg) und Maike Rohwer (Neumünster). ■



Der neue Landesvorstand: Maike Rohwer, Bettina Hagedorn, Andreas Breitner, Brigitte Fronzek, Claus Möller, Stefan Bolln, Birgit Hannemann-Röttgers, Jörg Wenghöfer, Birte Pauls, Detlef Buder. Ralf Stegner konnte am Fototermin leider nicht teilnehmen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der neuen Landesregierung

Der neue Landesregierung wird in sieben Ministerien gegliedert. Dabei werden zum Teil die Zuständigkeiten etwas verändert. Vier der Ministerien werden von der SPD besetzt.

Das Ministerium für Bildung und Frauen wird von **Ute Erdsiek-Rave** geleitet. Sie wird gleichzeitig die Funktion der stellvertretenden Ministerpräsidentin übernehmen. Staatssekretär für den Bildungsbereich bleibt Dr. Wolfgang Meyer-Heesemann.



Das Innenministerium übernimmt der bisherige Finanzminister **Dr. Ralf Stegner**. Er wird durch Staatssekretär Ulrich Lorenz unterstützt, der diese Funktion bereits unter Innenminister Klaus Buß inne hatte.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren bleibt in den Händen von **Dr. Gitta Trauernicht**.



Auch ihr Staatssekretär Dr. Hellmut Körner bleibt im Amt.

Uwe Döring, bisher Staatssekretär im Finanzministerium, wird als Minister für Justiz, Arbeit und Europa dem Kabinett angehören. Als Staatssekretär wechselt der Jurist und Richter Peter Nissen in das Justizressort.



Die Wahl des Ministerpräsidenten und die Berufung der Ministerinnen und Minister erfolgte nach Redaktionsschluss dieser Seite. ■

Blick nach vorn!

Der Koalitionsvertrag trägt eine erkennbare sozialdemokratische Handschrift: Arbeit, Bildung, Verwaltungsstrukturreform und die Haushaltskonsolidierung sind die Schwerpunkte der neuen Landesregierung. Damit werden wir der Verpflichtung und der Tradition von 17 Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung in diesem Land gerecht.



Ich bin davon überzeugt: Das sozialdemokratische Glas ist bei den festgeschriebenen Inhalten, Strukturen und Personalien nicht halb leer, sondern mehr als halb voll. Lasst uns deshalb das Verhandlungsergebnis nicht klein reden, sondern offensiv und mit Energie in diese Koalition gehen, auch wenn der Bauch etwas anderes sagt und mancher Kompromiss etwa in der Bildungs- und Umweltpolitik schwer zu verdauen ist.

Zugleich müssen wir unser Profil und unsere Identität bewahren! Dazu werden wir unsere eigene Kommunikation weiter verbessern und die Rollenverteilung im Zusammenspiel von Partei, Fraktion und Regierung neu definieren. Das ist für uns alle eine große Herausforderung, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Die Rolle unserer Partei wird sich verändern, sie muss viel stärker als bisher zur Profilbildung beitragen. Das heißt,

- vor Ort den Diskurs mit Eltern, Schülern und Schulträgern über unsere Bildungspolitik zu führen und aktiv den Kommunalwahlkampf für die Gemeinschaftsschule zu gestalten,
- vor Ort Bündnisse für unsere Umwelt- und Energiepolitik und die Agenda 21 zu schmieden,
- vor Ort in Vereinen, Verbänden und auf der Straße den Dialog mit den Menschen zu suchen, um gesellschaftlich am Ball zu bleiben,
- auf Landesebene als der Ideengeber und Reformmotor der Koalition erkennbar zu sein,
- auf Bundesebene Druck zu machen, um ein Maximum an Schleswig-Holstein in die Programmatik der gesamten Partei einfließen zu lassen.

In den zurückliegenden zwei Jahren haben wir gemeinsam organisatorisch und programmatisch bereits einiges erreicht. Wir haben ohne Zweifel das politische Profil der SPD Schleswig-Holstein – links, dickschädelig und freischärfen können. Und wir haben einen kreativen, engagierten und erfolgreichen Landtagswahlkampf ganz in rot geführt.

Es gibt aber nach wie vor politisch-inhaltliche als auch organisatorische Baustellen, die wir entschlossen und ehrgeizig angehen müssen. Dazu gehören

- die Diskussion und Beschlussfassung über ein neues Grundsatzprogramm,
- die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Bundestagswahl 2006,
- die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008 und der damit verbundenen Nachwuchsförderung,
- die Optimierung unserer Parteistrukturen und unserer Kampagnenfähigkeit,
- und die weitere finanzielle und organisatorische Konsolidierung des Landesverbandes.

Der 17. März war ein tiefer Einschnitt, aber die SPD bleibt, wie sie ist: Stark im Norden und mit dem Blick nach vorn!

Claus Möller, SPD-Landesvorsitzender

Personalien



Die SPD im Kreis Plön hat eine neue Vorsitzende. Auf einem Kreisparteitag am 16. April in Lütjenburg wurde die Landtagsabgeordnete **Anette Langner** aus Schönberg zur Nachfolgerin von Dieter Swatek gewählt, der nicht wieder für das Amt kandidierte. ■



Der Landtagsabgeordnete **Detlef Buder** bleibt Vorsitzender des SPD-Kreisverbands Dithmarschen. Der Kreisparteitag am 16. April in Albersdorf bestätigte ihn in seinem Amt. ■

Aktiv am Tag der älteren Generation

Die Arbeitsgemeinschaft 60-plus formuliert die Interessen der Seniorinnen und Senioren

Den „Tag der älteren Generation“ am 6. April nutzte die Arbeitsgemeinschaft SPD-60-plus in Schleswig-Holstein für Aktionen und Veranstaltungen.

Eine Diskussion über mehr Lebensqualität im Alter eröffnete der 60-plus-Landesvorsitzende Detlef von Schlieben im Kieler „Legienhof“.

Gesundheitsvorsorge stärken

Werner Koeller, ehemaliger Altenpfleger der Stadt Kiel, sprach für eine bessere und humanere Pflege aus, die auf Qualität der Versorgung ausgerichtet sein muss. Es sei nicht nur ein Gebot der Menschenwürde, sondern sinnvoll, um die Fähigkeiten älterer Menschen in unserem Gemeinwesen zu pflegen und zu nutzen.

An verschiedenen Beispielen erörterte der Kieler Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels, was vom neuen Präventionsgesetz zu erwarten ist. Es sei ein wichtiges Vorhaben zur Neuausrichtung unseres Gesundheitswesens – weg vom Reparaturbetrieb hin zu mehr Vorsorge und zur Vermeidung von Krankheiten.

„Eine Folge des demographischen Wandels“, so der Parlamentarier, „wird die Zunahme von Pflegebedürftigkeit sein. Hier kann gesundheitliche Prävention dazu beitragen, möglichst lange ein mobiles und selbstbestimmtes Leben zu führen.“

Detlef von Schlieben kündigte an, dass die Forde-

rungen zur Pflege in einem Antrag zum SPD-Bundesparteitag zusammengefasst werden. „Pflege und Prävention als Prinzip einer Gesellschaft im demographischen Wandel“, so von Schlieben, „das bedeutet auch, dass uns allen die Lebensqualität im Alter am Herzen liegt.“

Mit Informationen auf der Straße

Mit roten Rosen gingen die Partei-Senioren in Harslee auf die Bürger zu. An einem Informationsstand an zentraler Stelle diskutierten Mitglieder der AG-60-plus mit Passanten. Unterstützt wurden sie von Landtagsvizepräsidentin Ingrid Franzen und der Ortsvereinsvorsitzenden Dr. Susanne Staemmler. Rosten und Informationsmaterial fanden reißenden Absatz. ■



Harslees Ortsvereinsvorsitzende Dr. Susanne Staemmler, Landtagsvizepräsidentin Ingrid Franzen und die AG-60-plus-Aktiven Richard Brakow und Karla Plenk verteilten am 6. April rote Rosen.